

Bauernbund Brandenburg

Auf zum Herbsttreffen des Bauernbundes am 10. November im Landkreis Ostprignitz-Ruppin!

Liebe Berufskollegen,

das schon traditionelle Herbsttreffen des Bauernbundes findet diesmal statt am Sonntag, dem 10. November, im Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Wir wollen uns wieder zwei interessante Mitgliedsbetriebe anschauen und beim Bauernstammtisch in einem Landgasthof in gemütlicher Runde die besonders arbeitsreiche Zeit ausklingen lassen. Das Programm für den 10. November:

14.00 Uhr: Landwirtschaftsbetrieb Kiesel, Dorfstraße 47, 16845 Barsikow
370 ha Acker (Weizen, Gerste, Raps, Roggen, Vermehrungserbsen,
Vermehrungsgras) und 30 ha Grünland
nordöstlich der Bundesstraße 5 (zwischen Friesack und Kyritz)

15.00 Uhr: Kaffeetrinken auf dem Landwirtschaftsbetrieb Kiesel

16.00 Uhr: Landwirtschaftsbetrieb Simon, Eichengrund 1, 16845 Michaelisbruch
150 ha Acker (Roggen, Gerste, Körnermais, Vermehrungsgras) und 210 ha Grün-
land (100 Herdbuch-Mutterkühe der Rasse Angus, Heuverkauf)
südwestlich der Bundesstraße 5 (zwischen Friesack und Kyritz)



17.30 Uhr: Abendessen und Bauernstammtisch im Landgasthof "Deutsches Haus", Birken-
straße 13, 14662 Haage
südwestlich der Bundesstraße 5 (zwischen Friesack und Nauen)

Themen sind unter anderem:

- EU-Förderperiode 2014-20: Was kommt?
- Wie stehen wir grundsätzlich zu den Direktzahlungen?
- Arbeitsgruppe Grundstückverkehrsgesetz in Brandenburg
- Rechtsgutachten zum Wassermanagement im Oderbruch
- Stellungnahme zum Braunkohleplanverfahren Welzow-Süd II
- Arbeitsschwerpunkte für das kommende Jahr

Notiert Euch den Termin bitte schon jetzt, damit er bis November nicht verloren geht. Und bringt gerne auch wieder Berufskollegen mit, die Ihr für den Bauernbund gewinnen wollt. Unser Herbsttreffen ist immer eine schöne Gelegenheit zum Kennenlernen und Unterhalten. Ich freue mich auf das Wiedersehen in Ostprignitz-Ruppin!

Euer Karsten Jennerjahn

Gottfried Leuthold 1934 - 2013



Der freie Bauer als solcher hat nicht unbedingt den meisten Respekt vor Titeln oder akademischen Graden. Wenn jemand in bäuerlichen Kreisen dennoch ehrfurchtsvoll als "der Professor" bezeichnet wird, muss es sich schon um einen besonderen Professor handeln.

Gottfried Leuthold entstammte einer sächsischen Bauernfamilie, gehörte aber der Generation an, der es verwehrt war, einen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb zu führen. Also schlug er nach landwirtschaftlicher und landtechnischer Ausbildung eine wissenschaftliche Laufbahn ein, wo er sich glänzend bewährte: Fachschule, Studium an der Humboldt-Universität, Assistenz am Institut für Tierzüchtung und Haustiergenetik, Dissertation und Habilitation zu züchtungspraktischen Fragen der Kombinationsrasse SMR, entstanden aus der Einkreuzung von Jersey in das Schwarzbunte Niederungsrind. Seine Tätigkeit als Hochschullehrer übte er auch nach der Wiederver-

einigung und der Fusion der Institute aus, am Lehrstuhl für Züchtungsbiologie und molekulare Tierzüchtung, bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1999.

Parallel tat der Professor jedoch das, wovon er immer schon geträumt hatte, und baute mit seiner Lebensgefährtin Gudrun Wälzlein in Schönfließ (Oberhavel) einen modernen Landwirtschaftsbetrieb mit Ackerbau und Mutterkuhhaltung auf. Seine Enttäuschung darüber, wie wenige nach der Wende diesen Schritt wagten und wie wenig Unterstützung sie dabei erfuhren, ebenso wie seine Erlebnisse mit den Vergabepraktiken der BVVG und den frühen Aktivitäten der KTG Agrar in der Region führten Gottfried wie selbstverständlich in den Bauernbund Brandenburg. Seit 2005 gehörte er dem Vorstand an und setzte sein berufsständisches Engagement auch dann noch fort, als er vor fünf Jahren den Betrieb verkaufte und nach Glöwen (Prignitz) zog, um nun wirklich den Ruhestand zu genießen – das hieß bei ihm, nur noch einige Kühe zu halten und für sie Heu zu machen.

"Am Können liegt es nicht, er will uns einfach nicht verstehen", resumierte der Professor nach dem Antrittsbesuch als Bauernbund-Vorstandsmitglied bei einem seiner besten ehemaligen Studenten, der inzwischen Agrarminister geworden war. Ich habe Gottfried in seiner Vorstandszeit als einen konsequenten, wortgewaltigen Verfechter bäuerlicher Interessen, als brillianten Denker und scharfzüngigen Redner schätzen – und manchmal fürchten – gelernt. Es ist kein Geheimnis, dass er als Wissenschaftler sehr mit unserer Ablehnung der Grünen Gentechnik haderte. Zugleich war ihm als Bauer die Gefahr der Abhängigkeit durch Patente bewusst. Bewundert habe ich vor allem seine Leidenschaft für eine nicht an einseitigen Leistungsmerkmalen, sondern an ganzheitlicher Funktionalität ausgerichtete Rinderzucht. Mit der eigenen Fleckviehherde hat er diesen Weg erfolgreich beschritten und sich als Züchter weit über die Landesgrenzen hinaus einen Namen gemacht.

Im Juli ist Gottfried nach kurzer Krankheit im Alter von 79 Jahren gestorben. Aus dem Leben gerissen könnte man sagen mit Blick auf alles, was er noch vorhatte. Vergangenes Jahr erst hatte er eine kleine Halle eingeweiht: "Mit diesem neuen bäuerlichen Wirtschaftsgebäude will ich ein Zeichen setzen, wo um mich herum Scheunen und Ställe zusammenfallen." Wenig später gestand er: "Ich krieg die Zapfwelle einfach nicht mehr raufgeschoben. Die Kräfte lassen nach, Kollege." Wir werden den Professor vermissen und sein Andenken in Ehren halten.

Reinhard Jung

Dorffest für Heimat und Zukunft am 31. Oktober in Atterwasch

Bündnis Heimat und Zukunft lädt zum Podiumsgespräch "Gewissen der Energiewende" ein

Das vom Bauernbund initiierte Bündnis für Heimat und Zukunft in Brandenburg lädt zum Reformationstag, dem 31. Oktober 2013, erneut zu einem Dorffest in das vom Tagebau bedrohte Dorf Atterwasch (Spree-Neiße) ein. Das Programm:



Vom Tagebau bedroht: Landwirtschaft und neue Energien in Proschim (Spree-Neiße)

10 Uhr Gottesdienst zur Bewahrung der Schöpfung

11 Uhr Podiumsgespräch "Gewissen der Energiewende": Vor zwei Jahren beschloss der Bundestag nahezu einstimmig die Energiewende: den Ausstieg aus der Atomenergie sowie die Umstellung auf mindestens 80 Prozent Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bis 2050. Die Braunkohlelobby und ihr hörige Politiker versuchen seitdem, die Energiewende zu untergraben, indem sie Tagebaue planen, deren Rohstoffvorräte weit über 2050 hinaus reichen. Aber überall treten ihnen mutige Menschen entgegen, die um ihre Heimat kämpfen – und die Politiker an ihre Beschlüsse erinnern. Im Podium begrüßen wir:

- **Stephan Pütz**, Polizeibeamter aus Immerath in Nordrhein-Westfalen, klagt gegen die geplante Enteignung vor dem Bundesverfassungsgericht.
- **Thilo Kraneis**, Schlossermeister aus Pödelwitz in Sachsen, hat mit seinen Freunden vereinbart, das Dorf unter keinen Umständen zu verlassen.
- **Petra Rösch**, Leiterin des landwirtschaftlichen Firmenverbundes Proschim in Brandenburg mit über 80 Mitarbeitern, verhandelt nicht mit Vattenfall.

12 Uhr Mittagessen und Getränkeauschank durch die Freiwillige Feuerwehr in Zusammenarbeit mit den örtlichen Landwirtschaftsbetrieben, musikalische Unterhaltung durch den Kirchenchor Atterwasch

14.00 Uhr Kundgebung "Für Heimat und Zukunft in Brandenburg" mit Karsten Jennerjahn (Päsident des Bauernbundes Brandenburg) sowie unterstützenden Politikern aus verschiedenen Parteien (über die Zusammensetzung der Redner wird kurzfristig nach der Bundestagswahl entschieden).

15 Uhr Ausklang bei Kaffee und Kuchen

Im vergangenen Jahr hatten wir gleich nach dem Dorffest unser Herbsttreffen auf dem Hof unseres Mitglieds Uli Schulz aus Atterwasch. Viele erinnern sich vielleicht noch an den interessanten Tag. Es wäre schön, wenn wir am Reformationstag wieder zahlreich unsere Solidarität mit den Menschen in der Lausitz zeigen.

Vom Tagebau bedroht: Kirche in Immerath (Nordrhein-Westfalen)



Bauernbund zum Verkauf der Braunkohlesparte: Vattenfall kassiert, Brandenburg bezahlt

Pressemitteilung vom 28. Juli 2013

Angesichts der Ankündigung des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall, seine Braunkohlesparte in Deutschland verkaufen zu wollen, hat der Bauernbund Brandenburg die sofortige Einstellung der laufenden Braunkohleplanverfahren Welzow Süd 2 und Jänschwalde Nord gefordert: "Unsere Landesregierung hat die Aufgabe, den Menschen in Brandenburg zu dienen und nicht den Verkaufserlös eines ausländischen Unternehmens in die Höhe zu treiben", sagte Bauernbund-Vorstandsmitglied Christoph Schilka, Landwirt aus Guhrow im Spreewald.

Die von Vattenfall beantragte Abaggerung von fünf Dörfern, der rund 1.800 Menschen sowie 5.000 Hektar land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche weichen müssten, bezeichnete Schilka als "Menschenrechtsverletzung und Umweltzerstörung im ganz großen Stil". Die Erschließung von Braunkohlevorkommen bis weit über das Jahr 2050 hinaus sei zudem ein "Frontalangriff auf die Energiewende".

Unabhängig davon wundert sich Schilka über die völlige Sprach- und Tatenlosigkeit der Landesregierung gegenüber Vattenfall: "Schon ein Moratorium bei den Braunkohleplanverfahren würde das Unternehmen empfindlich treffen und dazu zwingen, seine Verantwortung in der Region wahrzunehmen, statt sich mit satten Gewinnen aus dem Staub zu machen."

Stellungnahme des Bauernbundes zur Braunkohleplanverfahren Welzow-Süd II gegenüber der gemeinsamen Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg

abgegeben am 2. September 2013

Der Bauernbund Brandenburg wendet sich grundsätzlich gegen den Planentwurf. Auf die Inanspruchnahme des Teilfeldes II ist zu verzichten. Die ausgelegte Planung steht im Widerspruch zum nationalen Konsens über die Energiewende. Selbst wenn die mit der Energiewende verfolgten Ziele nicht erreicht würden, wäre ein Beschluss über einen Tagebau Welzow-Süd II frühestens 2025 erforderlich. Insofern gibt es derzeit kein überwiegendes öffentliches Interesse, das die mit dem Tagebau verbundenen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörungen und die nachhaltige Vernichtung ökonomischer Ressourcen der Region auch nur ansatzweise rechtfertigen würde. Der Planentwurf ist deshalb abzulehnen.

Im einzelnen führen wir hiermit aus:

- Die Bundesregierung hat 2011 eine im Bundestag von allen demokratischen Parteien unterstützte Energiewende beschlossen, die u. a. dadurch definiert wird, dass die Stromversorgung 2050 zu mindestens 80 % aus erneuerbaren Energien gedeckt werden soll. Für die restlichen höchstens 20 % kommen ausschließlich Kraftwerke in Frage, die in der Lage sind, die Schwankungen aus Wind und Sonne flexibel auszugleichen. Die Aufrechterhaltung der hohen Grundlast aus dem Braunkohlekraftwerk Schwarze Pumpe bis 2042, wie im Plan vorgesehen, steht diesen Zielen total entgegen.
- Laut Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zur Zukunft der Braunkohle im Rahmen der Energiewende reichen die Vorräte aus genehmigten Tagebauen im Lausitzer Revier bis 2035. Ein Genehmigungsverfahren für einen neuen Tagebau dauert nach bisherigen Erfahrungen maximal zehn Jahre. Daher ist, selbst wenn die oben angegebenen Ziele der Energiewende nicht erreicht würden, eine landesplanerische Festlegung frühestens 2025 erforderlich.

Diese müsste freilich unter Berücksichtigung der dann aktuellen Entwicklungen und Notwendigkeiten getroffen werden.

- Die im Planentwurf vorgesehene Umsiedlung von Proschim, Lindenfeld und Teilen von Welzow bedeutet eine massive Verletzung der Rechte von rund 800 Menschen auf Heimat, Eigentum und gesunde Umwelt. Materielle Entschädigungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Betroffene schwer unter ihrer Entwurzelung leiden. Mit dem Dorf Proschim, seiner gewachsenen Siedlungsstruktur, Kirche und Dorfbauer sowie einer Vielzahl gut erhaltener Vierseitenhöfe würde wertvolles Lausitzer Kulturgut unwiederbringlich verloren gehen.
- Die im Planentwurf vorgesehene Vernichtung von rund 1.800 Hektar land- und forstwirtschaftlicher Nutzfläche bedeutet eine erhebliche Schädigung der regionalen Wirtschaftsstruktur auf unabsehbare Zeit. Der rein zahlenmäßige Vergleich der in Landwirtschaft und Kleingewerbe beseitigten und der damit in der Energiewirtschaft bis 2042 gesicherten Arbeitsplätze verbietet sich schon deshalb, weil auf den vom Tagebau hinterlassenen Wüstungen eine rentable Land- und Forstwirtschaft für Jahrhunderte nicht mehr möglich sein wird und ökonomisch tragfähige Alternativen nicht in Sicht sind.
- Die im Planentwurf vorgesehene langfristige Entwässerung tiefer Schichten bedeutet eine massive Verschlechterung für den Zustand des Grundwassers, und zwar in Bezug auf Menge und Qualität. Sie würde zu einem Eintrag von Sulfat in die Oberflächengewässer führen, der bis nach Berlin wirkt und dort die Trinkwasserversorgung bedroht. Die Lösung dieser gravierenden Probleme darf nicht auf nachgeordnete Verfahren verlagert werden. Ein Tagebau ist der schwerste denkbare Eingriff in die Umwelt überhaupt, er zerstört alle Natur, alle Lebensräume für Pflanzen und Tiere.

Ministerpräsident Manfred Stolpe hat 1993 versprochen, Horno sei das letzte Dorf, das der Braunkohle zum Opfer fällt. Dieses Versprechen des obersten Repräsentanten unseres Landes, begleitet übrigens von gleichlautenden Zusagen führender Politiker aller brandenburgischen Parteien, besitzt für uns nach wie vor hohes moralisches Gewicht. An der Sachlage hat sich seitdem nichts geändert, was eine andere Sichtweise begründen würde, im Gegenteil legt der nationale Konsens über die Energiewende nahe, das Versprechen zu halten. Der Beschluss für einen Tagebau Welzow-Süd II zum gegenwärtigen Zeitpunkt würde lediglich den Wert der zum Verkauf stehenden Unternehmensbestandteile für Vattenfall erhöhen. Er wäre menschenverachtend, verantwortungslos und würde das Vertrauen in die Redlichkeit von Politik und Politikern in Brandenburg grundlegend erschüttern.

Verbrannte Erde: Wo der Tagebau durch ist, bleiben Wüste und tote Wasserlöcher. Die Brandenburgische Landesregierung hat dafür den Begriff Lausitzer Seenland geprägt.



Bauernbund zur EU-Agrarpolitik: Kraftloses Herumlavieren, das keine Probleme löst

Pressemitteilung vom 27. Juni 2013



Festgefahren: EU-Agrarpolitik 2014-20

Enttäuscht hat sich der Bauernbund Brandenburg in einer ersten Stellungnahme über die gestern abend bekannt gewordenen Verhandlungsergebnisse zur EU-Agrarpolitik 2014-20 geäußert. "In den Beschlüssen erkenne ich bislang nur kraftloses Herumlavieren, das keine Probleme löst", sagte der Geschäftsführer Reinhard Jung, Landwirt aus Lennewitz in der Prignitz: "Besonders bedauerlich finde ich, dass Frau Aigner die in Bayern sicher populäre Kleinbauernförderung unterstützt hat statt mit einer Kappung der Agrarsubventionen ein gesamtdeutsches Signal für starke bäuerliche Strukturen und gegen den Ausverkauf an Agrarkonzerne zu setzen."

Der Bauernbund hatte gefordert, die von der EU-Kommission vorgeschlagene Kappung so auszugestalten, dass vor allem die Holdings außerlandwirtschaftlicher Kapitalanleger getroffen werden. Der nun beschlossene Zuschlag auf die ersten 30 Hektar werde nur zu einer Umverteilung der Mittel von Ost- nach Westdeutschland führen, kritisierte Jung: "Sowas kommt dabei heraus, wenn sich der Bauernverband jeder konstruktiven Diskussion über eine Kappung verweigert. Es ist nun einmal nicht gesellschaftlich zu begründen, dass zum Beispiel ein großer Ackerbaubetrieb mit fünf schlecht bezahlten Mitarbeitern jedes Jahr eine halbe Million Euro an Steuergeldern überwiesen bekommt."

Skeptisch beurteilt der Bauernbund auch das so genannte Greening, das zu einer Ökologisierung der Landwirtschaft führen soll. Jung: "Aus den Beschlüssen ist noch nicht ersichtlich, wie weit damit tatsächlich umweltgerechtere Produktion gefördert wird oder einfach nur sinnlose Flächenstilllegung." Auf jeden Fall sei mit dem Greening ein Mehr an Bürokratie zu erwarten, aber das sei man als Landwirt von der EU-Agrarpolitik ja nicht anders gewohnt.

Das Europäische Parlament will im September nochmal nachverhandeln – wir setzen unsere Pressearbeit fort. Am 11. August erschien im Tagesspiegel ein umfassender Beitrag von Harald Schumann zum Thema, in dem unsere Mitglieder Marlies Kalies, Hans von der Marwitz und Reinhard Jung zu Wort kommen und dem nachfolgendes Zitat entnommen ist:

Hinter Aigners Verweigerung steht der massive Widerstand der LPG-Nachfolgebetriebe, welche die offiziellen ostdeutschen Bauernverbände kontrollieren. Mit ihren meist weit mehr als 1000 Hektar hätten sie einige Kürzungen hinnehmen müssen. Zugleich wäre der Verkaufswert ihrer Betriebe gesunken, den viele alte DDR-Agrarkader als ihre Altersvorsorge ansehen. Unter dem Druck dieser Lobby stemmten sich daher auch alle fünf ostdeutschen Agrarminister gegen die Kappung und Aigner spielte brav mit. „Größe“ dürfe „nicht diskriminiert werden“, begründet der Brandenburger Bauernverbandschef und SPD-Politiker Udo Folgart diese Position. Folgart ist selbst an einer Agrar GmbH beteiligt, die mehrheitlich einem westdeutschen Investor gehört. Den Umstand, dass der Verzicht auf die Kappung letztlich die Konzernlandwirtschaft fördere und nun seine eigene Klientel in Bedrängnis bringt, nimmt Folgart billigend in Kauf. Dafür gebe es eben „keine Lösung“, sagt er.

Bauernbund: NABU nutzt Sorgen und Nöte der Flutopfer für Enteignungspläne aus

Pressemitteilung vom 12. Juni 2013

In scharfer Form hat der Bauernbund Brandenburg die vom NABU gestern erhobene Forderung zurückgewiesen, durch Rückdeichung bis 2020 in Deutschland mindestens 500.000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche zu Überflutungsgebieten zu machen, um so dem Wasser mehr Raum zu geben. "Das wäre faktisch eine Enteignung der Bauern, die dort seit vielen Jahrhunderten wirtschaften", so Bauernbund-Vorstandsmitglied Lutz Wercham, Landwirt aus Wilhelmsaue im Oderbruch. Die Landwirtschaft sei nicht verantwortlich für Naturkatastrophen, sondern in erster Linie deren Opfer, ergänzte Wercham mit Blick auf die überfluteten Äcker und Wiesen vor allem im benachbarten Sachsen-Anhalt. Deshalb sei der Bauernbund auch offen für sinnvolle Maßnahmen zum Hochwasserschutz wie etwa die Vorhaltung von Poldern, die bei Extremhochwassern gegen Entschädigung der Ertragsausfälle geflutet werden, sonst aber normal bewirtschaftet werden können. Wercham: "Dass diese selbsternannten Naturschützer auf den Sorgen und Nöten der Flutopfer ihr allgemeines Vernässungssüppchen kochen, finde ich mehr als abstoßend."

Bauernbund kritisiert: Land schädigt Landwirte durch unbezahlten Hochwasserschutz

Pressemitteilung vom 24. Juni 2013

Als "bodenlose Frechheit" hat der Bauernbund Brandenburg die Ankündigung des Potsdamer Landwirtschaftsministeriums bezeichnet, in den gefluteten Havelpoldern lediglich 50 Prozent der Ertragsausfälle entschädigen zu wollen. "Die gezielt herbeigeführte Überflutung landwirtschaftlicher Nutzflächen ist keine Naturkatastrophe, sondern eindeutig eine Maßnahme des Katastrophenschutzes", erklärte Bauernbund-Vorstandsmitglied Lutz Wercham, Landwirt aus Wilhelmsaue im Oderbruch. Der Bauernbund wolle gar nicht die Notwendigkeit der Flutung in Frage stellen, so Wercham weiter, nur dürften die Kosten nicht einzelnen Landwirten aufgebürdet werden: "Das wäre so, wie wenn das Land im Baumarkt Sandsäcke besorgt und an der Kasse erklärt, dass es später vielleicht die Hälfte bezahlt." Sollte es bei der angekündigten Regelung bleiben, sei von den betroffenen Landwirten künftig keine Kooperation mehr zu erwarten.

Letzte Meldung besagt, dass die Polderflächen jetzt als "Härtefälle" mit 100 % entschädigt werden sollen. Für die betroffenen Mitglieder ist dies sicher ein gangbarer Weg, andererseits ist es eine Verwirrung der Begriffe. Zumal ein infolge von Deichbruch komplett überfluteter Betrieb eher als Härtefall bezeichnet werden kann als jemand, dessen Flächen nur teilweise im gefluteten Polder liegen. Es geht eben nicht um mildtätige Unterstützung, sondern schlicht um die Bezahlung einer zwangsweisen Inanspruchnahme von Flächen, von denen niemand weiß, ob sie vom Hochwasser betroffen worden wären.

